

08.03.2016

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.1)

Frau Senatorin Dr. Stapelfeldt trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2016/634, betreffend

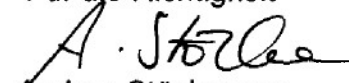
Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 28. Mai 2015 "Einrichtung eines politischen Stromnetzbeirates" (Drs. 21/493) und vom 4. Juni 2014 "Umsetzung des Volksentscheids weiter im Dialog angehen - Wärmedialog starten - Bürgerbeteiligung bei den Angelegenheiten der städtischen Netzgesellschaften" (Drs. 20/12007, hier Nr. 2 und Nr. 3),

vor.

Der Senat beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

  
Andrea Stöckmann

702.29-01-2016

702.00-04



Berichterstattung:  
Senator Kerstan  
Staatsrat Pollmann

TOP I A  
B

Vorblatt zur  
Senatsdrucksache  
Nr. 2016/00634  
vom: 25.02.2016

**Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 28. Mai 2015 "Einrichtung eines politischen Stromnetzbeirates" (Drs. 21/493) und vom 4. Juni 2014 "Umsetzung des Volksentscheids weiter im Dialog angehen – Wärmedialog starten – Bürgerbeteiligung bei den Angelegenheiten der städtischen Netzgesellschaften" (Drs. 20/12007, hier Nr. 2 und Nr. 3)**

#### **A. Zielsetzung**

Beantwortung der Bürgerschaftlichen Ersuchen Drs. 21/493 vom 28. Mai 2015 und Drs. 20/12007 (Nr. 2 und 3) vom 4. Juni 2014.

#### **B. Lösung**

Einrichtung eines politischen Energienetzbeirates (mit Geschäftsstelle) bei der Behörde für Umwelt und Energie.

#### **C. Auswirkungen auf den Haushalt**

Mit dieser Drucksache entsteht zusätzlicher konsumtiver Aufwand i.H.v. voraussichtlich rd. 60 Tsd. Euro p.a. (Sach- und Personalkosten), der aus dem Einzelplan der BUE finanziert wird.

#### **D. Auswirkungen auf die Vermögenslage**

Mit dieser Drucksache keine.

#### **E. Sonstige finanzielle Auswirkungen**

Keine.

#### **F. Auswirkungen auf:**

Familienpolitik

Klimaschutz

Die Einrichtung eines Energienetzbeirates unterstützt die FHH bei der Umsetzung der Hamburger Energiewende und soll insofern auch zu einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten netzgebundenen Energieversorgung beitragen.

Bürokratieabbau

Inklusion

Gleichstellung

## **G. Alternativen**

Verzicht auf die Errichtung eines Energienetzbeirates, mit der Folge, dass kein Instrument für eine Strukturierung des Dialoges zwischen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Politik, Netzgesellschaften und Öffentlichkeit zu den Themen „Umsetzung des Volksentscheides zum Rückerwerb der Energienetze“ und „Hamburger Energiewende“ geschaffen wird.

## **H. Anlagen**

Mitteilung an die Bürgerschaft.